

# Deutscher Herold

Versorgungskasse der  
Deutscher Herold  
Versicherungsgesellschaften  
Versicherungsverein a.G., Köln

**Jahresabschluss und Lagebericht 2023**



# Inhaltsverzeichnis

Verwaltungsorgane der Versorgungskasse	1
Lagebericht des Vorstandes	3
Anlage zum Lagebericht	13
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023	16
Bilanz zum 31. Dezember 2023	17
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023	19
Anhang Angaben zur Bilanzierung und Bewertung	21
Angaben zur Bilanz	25
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	29
Allgemeine Angaben	30
Bericht des unabhängigen Abschlussprüfers	31
Bericht des Aufsichtsrates	34

## Verwaltungsorgane der Versorgungskasse

### Aufsichtsrat

Michael Gramenz	Vorsitzender Steuerberater im Ruhestand	bis 14.04.2023
Markus Lawitzke	Vorsitzender Mitarbeiter der Zürich Beteiligungs- Aktiengesellschaft (Deutschland)	seit 15.04.2023
Manfred Haberer	Stellvertretender Vorsitzender Mitarbeiter der Zürich Beteiligungs- Aktiengesellschaft (Deutschland)	
Volker Hippler	Mitglied des Betriebsrates Köln der Zurich Gruppe Deutschland	
Uwe Schöpe	Mitglied des Vorstandes der Zürich Beteiligungs-Aktiengesellschaft (Deutschland)	

## **Vorstand**

Stefan Henk	Vorsitzender Operations, IT, Interne Revision
Armin Hildebrand	Stellvertretender Vorsitzender Finanzen und Kapitalanlagen,
Ralf Dieckmann	Governance Funktionen (Compliance, Risk Management, Fraud, Datenschutz)
Kerstin Marunde	Fachvorstand bAV

# Lagebericht des Vorstandes

Hiermit legen wir den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 der Versorgungskasse der Deutscher Herold Versicherungsgesellschaften Versicherungsverein a.G. (nachfolgend Versorgungskasse genannt) vor.

## Allgemeines

Als einzige Versicherungsart wird die Pensionsversicherung (Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrentenversicherung) für eigene Rechnung betrieben, ohne dass Abgaben zur Rückversicherung erfolgen.

Die Versorgungskasse ist eine Pensionskasse in der Rechtsform eines kleineren Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit gemäß § 210 VAG und unterliegt der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Trägerunternehmen der Versorgungskasse sind folgende Unternehmen der Zurich Gruppe Deutschland:

- DEUTSCHER HEROLD Aktiengesellschaft, Köln und die
- Zurich Deutscher Herold Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Köln.

Der Versorgungskasse sind weiterhin folgende Unternehmen der Zurich Gruppe Deutschland angeschlossen:

- DA Deutsche Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
- Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft, Köln
- REAL GARANT Versicherung Aktiengesellschaft, Denkendorf.
- TDG Tele Dienste GmbH, Oberursel
- Zürich Beteiligungs-Aktiengesellschaft (Deutschland), Frankfurt am Main (auch als mittelbare Rechtsnachfolgerin der Bonner Akademie Gesellschaft für DV- und Management Training, Bildung und Beratung mbH, Bonn und der Zürich Vertriebs GmbH sowie als direkte Rechtsnachfolgerin der Zürich Service GmbH, Bonn und der Zurich GI Management AG (Deutschland), Frankfurt am Main, jeweils kraft Verschmelzung)
- Zurich Kunden Center GmbH, Frankfurt am Main
- Zurich Rechtsschutz Deutschland Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Köln
- Zurich Vorsorge-Beratungs und Vertriebs GmbH (Deutschland), Frankfurt am Main
- Zurich Insurance Europe AG Niederlassung für Deutschland, Frankfurt am Main (auch als Rechtsnachfolger der Baden-Badener Versicherung AG, St. Ingbert kraft Verschmelzung).

## Geschäftsverlauf und Lage der Versorgungskasse

### Deutsche Wirtschaft im Jahr 2023 auf Niveau von Corona-Pandemie Beginn

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland wurde auch im Jahr 2023 spürbar von den Folgen des Krieges in der Ukraine und den damit einhergehenden Herausforderungen geprägt. Die Corona-Pandemie wurde offiziell als beendet erklärt, einzelne Fälle treten dennoch auf, wenn auch ohne pandemische Merkmale. Insbesondere die extremen Energiepreiserhöhungen und steigenden Lebenshaltungskosten verschärfen die erschwerten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, welche bereits im Jahr 2022 vorhanden waren und in Material- und Lieferengpässen und dem Fachkräftemangel resultieren. Gleichzeitig zeigte sich auch im Jahr 2023 wieder, dass der Klimawandel kein zyklisch auftretendes Thema ist und neben den kurzfristigen Krisen eine langfristige Herausforderung darstellt. Die Folgen der globalen Krisen belasteten die deutsche Wirtschaft, wodurch diese kein Wachstum verzeichnen konnte.

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr. Im Vergleich zum Jahr 2019 stieg das BIP im vergangenen Jahr in Deutschland lediglich um 0,7 % und damit deutlich schwächer als in vielen anderen europäischen Staaten. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung fiel im Jahr 2023 um 0,1 % gegenüber dem Vorjahr an. Die meisten Dienstleistungsbereiche konnten ihre wirtschaftlichen Aktivitäten im Vorjahresvergleich leicht ausweiten und stützten die Wirtschaft im Jahr 2023. Der Anstieg fiel aber insgesamt schwächer aus als in den beiden vorangegangenen Jahren. Den größten preisbereinigten Zuwachs verzeichnete der Bereich Information und Kommunikation mit +2,6 %. Der Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit (+1,0 %) und die Unternehmensdienstleister (+0,3 %) konnten ebenfalls leicht zulegen. Dagegen ging die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im zusammengefassten Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe (-1,0 %) zurück. Das lag vor allem am Groß- und am Einzelhandel, die deutlich nachgaben, während der Kraftfahrzeughandel und der Verkehrsbereich zulegten. Im Baugewerbe machten sich neben den weiterhin hohen Baukosten und dem Fachkräftemangel insbesondere die zunehmend schlechteren Finanzierungsbedingungen bemerkbar. Hiervon war vor allem der Hochbau betroffen. Dagegen konnte die Produktion im Tiefbau und im Ausbaugewerbe gesteigert werden. Insgesamt erreichte das Baugewerbe 2023 preisbereinigt ein kleines Plus von 0,2 %.

Die Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) ging insgesamt deutlich um 2,0 % zurück. Entscheidend dafür war eine sehr viel niedrigere Produktion im Bereich Energieversorgung. Das Verarbeitende Gewerbe, das fast 85 % des Produzierenden Gewerbes (ohne Bau) ausmacht, war im Jahr 2023 preisbereinigt ebenfalls im Minus (-0,4 %). Positive Impulse kamen hier vorrangig aus der Automobilindustrie und dem sonstigen Fahrzeugbau. Dagegen sanken Produktion und Wertschöpfung in den energieintensiven Industriezweigen wie der Chemie- und Metallindustrie erneut, nachdem die Wirtschaftsleistung in diesen Branchen bereits 2022 auf die steigenden Energiepreise reagiert hatte.

Der deutsche Außenhandel entwickelte sich im Jahr 2023 aufgrund der schwachen Weltkonjunktur schlecht und dürfte sich auch 2024 nicht bemerkbar verbessern. Globale geldpolitische Straffungen und die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit setzten dem deutschen Außenhandel zu. Nach ersten Berechnungen fielen die Exporte im Jahr 2023 preisbereinigt um -1,2 % und die Importe preisbereinigt um -1,9 %.

Im Jahr 2023 spannte sich der Arbeitsmarkt weiter an, wenn auch weniger stark als in den Jahren zuvor. Im Jahresdurchschnitt erbrachten 45,9 Mio. in Deutschland arbeitende Erwerbstätige die Wirtschaftsleistung. Damit stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 0,7 % gegenüber dem Vorjahr und überstieg damit erneut das Vorkrisenniveau des Jahres 2019. Einen besonders starken Zuwachs an Erwerbstätigen verzeichnete der Bereich Information und Kommunikation (+2,6 %). Die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ist der einzige Wirtschaftsbereich, der einen Rückgang der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr (-0,4 %) vermeldet. Die Anzahl an Erwerbstätigen in den Wirtschaftsbereichen Finanz- und Versicherungsdienstleister und Grundstücks und Wohnungswesen stagnierte.

Die privaten Konsumausgaben fielen nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes preisbereinigt um 1,1 % im Vergleich zum Vorjahr. Damit liegen die Konsumausgaben weiterhin unter Vorkrisenniveau des Jahres 2019 (-2,1 %). Ursächlich hierfür waren besonders die hohen Verbraucherpreise insbesondere für Nahrungsmittel und Energie. Auch der Staat reduzierte im Jahr 2023 erstmals seit fast 20 Jahren seine preisbereinigten Ausgaben (-1,7 %). Das lag vor allem am Wegfall staatlich finanzierter Coronamaßnahmen wie Impfungen und Ausgleichszahlungen für freie Bettenkapazitäten in Krankenhäusern. Durch solche Maßnahmen hatten die Staatsausgaben in den Jahren ab 2020 die Wirtschaftsleistung gestützt.

Im Jahr 2023 haben sich die Verbraucherpreise in Deutschland im Schnitt um +5,9 % gegenüber 2022 erhöht. Damit erreicht der Verbraucherpreisindex einen historischen Höchststand, der laut dem Statistischen Bundesamt insbesondere auf die extremen Preisanstiege für Energieprodukte und Nahrungsmittel seit Beginn des Krieges in der Ukraine zurückzuführen sei. Die hohe Inflationsrate hatte für die Arbeitnehmer klare Reallohnverluste zur Folge. Dadurch, dass die Verbraucherpreise stärker als das verfügbare Einkommen stiegen, sank die Kaufkraft der privaten Haushalte.

Der Krieg in der Ukraine und die daraus resultierende Energiekrise haben das ohnehin schwierige, von sozialen Ungleichheiten geprägte Umfeld, hoher Staatsverschuldung, erhöhter Cyber-Kriminalität und Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit beeinflusst. Während die Regierungen und Gesellschaften weiterhin nach angemessenen Lösungen suchen, werden die Herausforderungen durch unzureichende Vorsorge, konkurrierende Interessen und die Folgen früherer Entscheidungen noch größer. Nirgendwo ist dies deutlicher geworden als im Kampf gegen die hohe Inflation. Regierungen und Zentralbanken versuchen zu reagieren. Dennoch bleibt das Risiko politischer Fehler hoch, da der Spielraum für die gleichzeitige Bewältigung wirtschaftlicher und damit verbundener gesellschaftlicher Belastungen begrenzt ist. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone ist von ebendiesen Herausforderungen betroffen.

## Entwicklung an den Kapitalmärkten

Wie bereits 2022 wurde die Entwicklung an den Kapitalmärkten auch 2023 maßgeblich durch die Themen Inflation und Geldpolitik bestimmt. Grundsätzlich war die Erwartung vieler Marktteilnehmer, dass die Inflation 2023 den Höhepunkt erreichen und die Zentralbanken somit am Ende des Zinserhöhungszyklus stehen würden, sodass der Ausblick sowohl für die Aktien- als auch die Rentenmärkte grundsätzlich positiv war. Dank fallender Energiepreise sank die Gesamtinflation, während sich die Kerninflation – gemessen ohne die schwankungsreichen Preise für Energie und Lebensmittel – auf hohem Niveau stabilisierte. So führte die gerade im ersten Halbjahr 2023 hohe Kerninflation sowie der stabile Arbeitsmarkt zu restriktiven Geldpolitiken der US-Zentralbank Federal Reserve und der Europäischen Zentralbank, in deren Folge durch die höheren Zinsen sich im Verlauf des Jahres dann auch die wirtschaftlichen Daten und Prognosen abschwächten. Während sich die Wirtschaft in den USA noch stabil halten konnte, befand sich die Eurozone mit zwei aufeinanderfolgenden Quartalen mit negativem Wirtschaftswachstum bereits Ende des ersten Quartals in einer sogenannten technischen Rezession. Obwohl der Dienstleistungssektor sich im ersten Halbjahr noch sehr positiv entwickelte, verschlechterten sich die Frühindikatoren sowohl des verarbeitenden Gewerbes als auch später des Dienstleistungssektors, über das Jahr hinwegesehen, deutlich. Auf den Finanzmärkten zeigten sich erste Verwerfungen mit dem Kollaps der Silicon Valley Bank in den USA und in Europa musste die Credit Suisse unter Eingriff der Schweizer Nationalbank von der UBS übernommen werden, um einen Zusammenbruch der Credit Suisse mit weitreichenden negativen Folgen für das Finanzsystem zu verhindern. Insgesamt erwies sich das Bankensystem jedoch sowohl in den USA als auch in Europa als sehr robust und konnte diese kurzzeitige Krise gut überwinden.

Die Rentenmärkte erfuhren 2023 durch die Zinsentwicklung ein sehr volatiles Jahr. Getrieben durch die weiterhin hohe Inflation und die Zinserhöhungen der Zentralbanken, erreichten die Renditen deutscher Staatsanleihen gegen Ende des dritten Quartals ihre Höchststände und wiesen folglich deutliche Kursrückgänge auf. Ein stark ausgeprägter Zinsrückgang im vierten Quartal ließ länger laufende Anleihen gegen Jahresende dann aber wieder unterhalb der Renditen des Vorjahres fallen, so dass über das Gesamtjahr Kursgewinne erzielt werden konnten.

Im Immobiliensektor setzte sich der Trend aus 2022 ebenfalls fort. Viele Immobilien mussten weitere oder erstmalige Abwertungen erfahren, wobei Immobilien in den sehr guten Lagen mit niedrigem Risiko erneut besser abschneiden konnten als der Gesamtmarkt. Die gestiegenen Zinsen und hierdurch höheren Finanzierungskosten bzw. die Unsicherheit bzgl. zukünftiger Refinanzierungen machten sich nun auch bei großen Immobilienunternehmen bemerkbar. Resultierend daraus gab es die ersten Insolvenzen im Immobiliensektor. Speziell im Bereich der Immobilienentwicklungen kam es zu Engpässen bei Finanzierungen und Refinanzierungen. Auch einige gelistete Aktiengesellschaften in der Immobilienbranche sehen sich zunehmend stärkerem Gegenwind ausgesetzt, sei es durch Neubewertungen des Portfolios oder die gestiegenen Finanzierungskosten.

Während die Zinsen Ende des dritten/Anfang des vierten Quartals auf langjährigen Höchstständen notierten, zeigten die Maßnahmen der Zentralbanken ihre Wirkung und die Kerninflation ging merklich zurück, sodass nun mit keinen weiteren Zinserhöhungen in Europa und den USA gerechnet wird. Im Gegenteil, speziell in den USA wird bereits von einigen Marktteilnehmern mit Zinssenkungen im ersten Halbjahr 2024 gerechnet. Diese Entwicklung und der implizite Ausblick lösten eine Kursrallye bei globalen Aktien aus, sodass einige Indizes ihre Allzeithöchststände erreichen konnten. Allerdings könnte dies auch ein Risiko für Aktien im Jahr 2024 darstellen, da der Kapitalmarkt vor dem Hintergrund eines sich verlangsamenden Wirtschaftswachstums und einer gegebenenfalls zu früh erwarteten Zinssenkung eventuell zu optimistisch positioniert ist.

## Bestandsentwicklung

Der Bestand der Versorgungskasse betrug am Ende des Berichtsjahres 599 Anwärter, 1.169 Altersrentner, 7 Invaliden- und 233 Hinterbliebenenrentner. Die Versorgungskasse ist seit dem Geschäftsjahr 1997 beitragsfrei gestellt. Seitdem ist es der Versorgungskasse satzungsgemäß verwehrt, neue ordentliche Mitglieder aufzunehmen.

Aufgrund des Gesetzes über den Versorgungsausgleich sind Versorgungsausgleichsberechtigte im Falle der rechtskräftigen Feststellung des Versorgungsausgleichsanspruchs hinsichtlich der Rentenansprüche dem Versorgungsverpflichteten gleich zu stellen und sind in diesem Zusammenhang gleich einem ausgeschiedenen Arbeitnehmer zu behandeln. Vor diesem Hintergrund können Versorgungsausgleichsberechtigte die außerordentliche Mitgliedschaft, für die die Beitragsfreistellung unverändert gilt, in der Versorgungskasse erwerben. Im Berichtsjahr verzeichnete die Versorgungskasse keinen Zugang.

Der Anwärter-Bestand der Versorgungskasse reduzierte sich um 67 Mitglieder (Vorjahr: 75). Davon wechselten 65 in den Ruhestand (Vorjahr: 71), keiner wurde berufs- oder erwerbsunfähig (Vorjahr: 1) und zwei verstarben (Vorjahr: 3).

Über alle Rentenempfänger gesehen, waren 50 Sterbefälle zu verzeichnen (Vorjahr: 58). An 18 Hinterbliebene wurde erstmals Rente gezahlt (Vorjahr: 20).

Die erreichte Jahresrentenanwartschaft verringerte sich von 1,8 Mio. EUR auf 1,5 Mio. EUR (-14,2 %). Somit betrug die durchschnittliche Jahresrentenanwartschaft 2.586 EUR.

Die Jahresrenten aller Rentenempfänger erhöhten sich auf 9,2 Mio. EUR. Dagegen sank die durchschnittliche Jahresrente auf 6.474 EUR. Betrachtet man nur die Altersrentenempfänger, so ergibt sich eine durchschnittliche Jahresrente von 6.880 EUR. Weitere Einzelheiten über die Bewegung des Versicherungsbestandes sind der Aufstellung auf den Seiten 13 und 14 zu entnehmen.

## Beitragseinnahmen

Die Versorgungskasse wurde zum 1.7.1997 beitragsfrei gestellt. Insofern sind im Berichtsjahr keine Beitragseinnahmen zu verzeichnen.

## Verwaltungskosten

Da die Organe der Versorgungskasse ehrenamtlich tätig sind und die auftretenden Verwaltungskosten von den Trägerunternehmen zum größten Teil getragen wurden, entstanden der Versorgungskasse hieraus nur sehr geringe Aufwendungen.



## Versicherungsleistungen

Die Aufwendungen der Versorgungskasse für Rentenleistungen (ohne Regulierungsaufwendungen) betragen 9,2 Mio. EUR und blieben gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant.

## Kapitalanlagen

Der Bestand an Kapitalanlagen sank gegenüber dem Vorjahr um 2,48 % und gliedert sich in:

	31.12.2023		31.12.2022	
	EUR	%	EUR	%
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	11.061.323,75	7,36	11.261.723,10	7,31
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	58.808.747,78	39,13	53.111.299,98	34,46
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Namenschuldverschreibungen	67.000.000,00	44,58	76.000.000,00	49,31
Schuldscheinforderungen und Darlehen	13.385.115,29	8,91	12.100.000,00	7,85
Einlagen bei Kreditinstituten	35.005,77	0,02	1.639.935,41	1,06
	<b>150.290.192,59</b>	<b>100,00</b>	<b>154.112.958,49</b>	<b>100,00</b>

Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen sanken gegenüber dem Vorjahr von 6,2 Mio. auf 5,9 Mio. EUR. Abhängig davon beträgt die laufende Durchschnittsverzinsung 3,22 % (Vorjahr: 3,61 %) gerechnet nach der vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. empfohlenen Ermittlungsmethode.

## Versicherungstechnische Passiva

Die versicherungstechnische Passiva hatte zum Ende des Geschäftsjahres insgesamt eine Höhe von 146,3 Mio. EUR (Vorjahr: 150,3 Mio. EUR). Die Deckungsrückstellung bildet davon die größte Position mit 137,8 Mio. EUR. Sie reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 4,0 Mio. EUR (2,8 %). Dazu gehört ebenfalls die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung in Höhe von 8,5 Mio. EUR und die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in Höhe von 2,9 Tsd. EUR.

## Rohüberschuss

Das Rohergebnis des Geschäftsjahres sank von 1.827.828,32 EUR im Vorjahr auf 1.141.181,18 EUR. Davon wurden nach § 32 Abs. 2 der Satzung 10 % der Verlustrücklage gemäß § 193 VAG zugewiesen, die sich somit um 114.118,12 EUR auf 6.862.536,31 EUR erhöhte. Die restlichen 1.027.063,06 EUR wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt.

## Solvabilität

Der geforderten Solvabilitätsspanne von 6,2 Mio. EUR stehen Eigenmittel ohne die Berücksichtigung von stillen Reserven in Höhe von 13,4 Mio. EUR gegenüber. Die Solvabilitätsquote beträgt 216,1 %.

## Überschussbeteiligung

Die Vertreterversammlung der Versorgungskasse beschloss am 21.08.2023 folgende vom Vorstand und dem Verantwortlichen Aktuar der Versorgungskasse vorgeschlagene Überschussbeteiligung für 2024:

Die bis zum 31.12.2023 erworbenen Anwartschaften sowie die dann laufenden Renten werden ab 1.1.2024 um 1,4 % erhöht. Mit dieser Deklaration ist auch die Beteiligung an den Bewertungsreserven abgedeckt. Der Beschluss steht unter der Bedingung, dass die Unbedenklichkeitserklärung der Aufsichtsbehörde vorliegt.

Die Unbedenklichkeitserklärung der Aufsichtsbehörde wurde mit Datum 09.01.2024 erteilt.

## Chancen- und Risikobericht

### Risikomanagementsystem

Im Rahmen der regulären Geschäftstätigkeit wird die VKI laufend von Chancen und Risiken begleitet. Um unter diesen Rahmenbedingungen erfolgreich zu agieren, hat der Verein ein Risikomanagementsystem aufgebaut, das in die Organisationsstruktur und die Entscheidungsprozesse integriert ist.

Ziel des Risikomanagements ist die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit und damit der langfristigen und nachhaltigen Existenzsicherung des Vereins. Mit zielgerichteten Risikomanagementaktivitäten verfolgt der Verein die Optimierung seiner Risikolage, d. h. eine Begrenzung der Risiken auf ein akzeptables Niveau unter Berücksichtigung der ihnen gegenüberstehenden Chancen. Bei den Aktivitäten berücksichtigt der Verein die aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Durch die regelmäßige Anwendung von konsistenten Risikomanagementverfahren identifiziert und bewertet der Verein sein Risikopotenzial und ergreift bei Bedarf Gegensteuerungsmaßnahmen. Überschreiten die Analyseergebnisse dabei den definierten Toleranzbereich, werden risikomindernde Maßnahmen eingeleitet. Deren Umsetzung und Wirksamkeit wird anhand eines systematischen Controllings überwacht. Darüber hinaus wird durch entsprechende Prozesse gewährleistet, dass das Management zeitnah über neu auftretende Risiken informiert wird und erforderliche Maßnahmen eingeleitet werden.

Das Risikomanagement der VKI ist durch Auslagerung auf die Zurich Beteiligungs-AG (ZBAG) in das Risikomanagement der Zurich Gruppe Deutschland (ZGD) integriert. Dem zentralen Risikomanagement, einem eigenständigen Bereich, obliegt dabei die Organisation, Verantwortlichkeitsregelung, Koordination, Überwachung und Kommunikation des Risikomanagementprozesses.

Gemäß des Jahresplans zur Risikobeurteilung wird unter anderem in Workshops mittels verschiedener Risikoanalysemethoden die Risikoidentifikation und -bewertung vorgenommen. Die daraus resultierenden Informationen werden zentral in einem System vorgehalten, sodass umfassende sowie konsistente Risikoanalysen erstellt werden können. Durch risikopolitische Maßnahmen im Unternehmen, aber auch durch die Umsetzung der Aktivitäten aus den verschiedenen Risikoanalysemethoden, soll eine Risikominderung erreicht werden. Die Erkenntnisse aus dem Risikomanagementprozess werden schließlich im Risikoreporting dargestellt. Das zentrale Risikomanagement agiert somit als unabhängige Risikocontrollingfunktion.

Das operative Risikomanagement findet in den Fachbereichen statt und ist somit in die Geschäfts- und Entscheidungsprozesse integriert. Grundsätzlich ist das operative Management für den unmittelbaren Umgang mit Risiken und insbesondere für das Eingehen von Risiken verantwortlich. Risikorelevante Themen werden regelmäßig in den Vorstandssitzungen der Versorgungskasse behandelt. Darüber hinaus überprüft ein mit Vorständen besetztes Gremium auf Holding-Ebene regelmäßig die Einschätzungen zur Risikosituation der Zurich Gruppe Deutschland und beschließt – erforderlichenfalls unter Abstimmung mit der Versorgungskasse – gegebenenfalls Maßnahmen zur Risikoreduktion. Zusammen mit dem zentralen Risikomanagement bewirkt dieses Gremium eine übergreifende und vernetzte Sicht auf alle zur Zurich Gruppe Deutschland gehörenden Unternehmen. Zudem werden spezielle Risikobelange hinsichtlich der Kapitalanlage oder Sicherheitsthemen in der Vorstandssitzung oder in bilateralen Gesprächen mit dem zuständigen Vorstand der Versorgungskasse betrachtet.

## Risikoprofil

Resultierend aus dem Geschäftsmodell betreffen die maßgeblichen Risiken des Vereins die versicherungstechnischen Risiken, Risiken aus der Kapitalanlage, operationelle Risiken und sonstige Risiken und werden im Folgenden dargestellt.

### Risiken aus dem Versicherungsgeschäft

Typische versicherungstechnische Risiken einer Versorgungskasse sind das biometrische Invaliditäts- und Langlebkeitsrisiko sowie das Zinsgarantierisiko.

Die biometrischen Risiken bestehen darin, dass die tatsächlichen Parameter nachteilig von den Annahmen abweichen, die den Kalkulationen zugrunde gelegt wurden, und dadurch höhere Leistungen für Alters-, Invaliden oder Hinterbliebenenrenten anfallen als erwartet. Der Verein begegnet den biometrischen Risiken durch regelmäßige Bestands- und Leistungsanalysen.

Das Zinsgarantierisiko bezieht sich auf den Risikoumstand, dass der bei der Dotierung der Deckungsrückstellung angesetzte Zins (einheitlich 3,5%) nicht entsprechend durch Kapitalanlageerträge erwirtschaftet werden kann und somit die gebildete Deckungsrückstellung sich als zu niedrig erweist.

Der Verein reduziert dieses Risiko insbesondere durch eine geeignete Kapitalanlage, bei der in erster Linie auf hohe Qualität und geringes Risiko der Zinstitel Wert gelegt wird. Mittels des regelmäßig durchgeführten Asset-Liability-Managements und der Planungsrechnung überprüft der Verein regelmäßig die dauernde Erfüllbarkeit der sich ergebenden Verpflichtungen.

Aufgrund des langsam auslaufenden Portfolios und den damit einhergehenden möglichen größeren Schwankungen in den Risiken wird die Verlustrücklage kontinuierlich auf bis zu 10 % der Bilanzlänge aufgefüllt, um solche möglichen Schwankungen adäquat abfangen zu können.

### Chancen und Risiken aus der Kapitalanlage

Auf der Grundlage eines systematischen und strukturierten Anlageprozesses wird eine angemessene und risikoangepasste Rendite angestrebt. Ziel ist es, ein möglichst stabiles Ergebnis im Zeitablauf zu erreichen.

Daher wird insbesondere in Bezug auf die mit der Kapitalanlage verbundenen Risiken eine eher konservative Ausrichtung verfolgt. Dennoch verbleiben Handlungsspielräume, um auch an zukünftigen Ertragschancen im Finanzsektor zu partizipieren.

Die Risiken aus der Kapitalanlage lassen sich in Marktpreis-, Bonitäts- und Liquiditätsrisiken unterteilen.

#### Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiko ist das Risiko einer negativen Preisänderung einer Kapitalanlage aufgrund von Entwicklungen der zugrundeliegenden Marktrisikofaktoren. Grundsätzlich wird zwischen Zinsänderungs-, Aktienkurs-, Immobilien- und Wechselkursrisiken unterschieden, wobei für die Gesellschaft neben dem Zinsänderungsrisiko nur das Immobilienrisiko relevant ist. Aktien oder Fremdwährungsbestände sind im Anlageportfolio nicht enthalten.

Das Zinsänderungsrisiko wird durch die Festlegung von Anlagerichtlinien, einem Limitsystem, eine risikoaverse Mischung und Streuung der Anlagen sowie durch Asset-Liability-Analysen kontinuierlich überwacht und gesteuert. Zudem wird im Rahmen des Kapitalanlagemanagements die Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorschriften sichergestellt. Auswirkungen auf den Marktwert der Kapitalanlagen werden regelmäßig anhand von Szenarioanalysen sowie Stresstests modelliert.

Die Simulation des Zinsänderungsrisikos der Kapitalanlagen anhand einer Erhöhung bzw. Absenkung der Zinskurve um jeweils absolut +/- 1 % ergibt bei einer durchschnittlichen Zinssensitivität von 9,6%, gemessen anhand der modifizierten Duration, eine Reduktion bzw. einen Anstieg des Marktwertes der zinssensitiven Anlagen um +/- 14 Mio. EUR.

Immobilien stellen mit rund 13% bzw. 21 Mio. EUR einen wesentlichen Anteil des Gesamtportfolios. Marktwertschwankungen von +/- 10% führen damit zu Preisänderungen von +/- 2 Mio. EUR. Die VKI hat aktuell folgendes Ertragsrisiko: nach der Kündigung zweier Einzelmietler für eine gewerbliche Immobilie besteht die Gefahr eines längeren Leerstandes bis geeignete Nachmieter gefunden werden. Neben der Suche nach passenden Mietern prüft die VKI auch den Verkauf einer Immobilie, um die Immobilienquote insgesamt zu reduzieren.

#### Bonitätsrisiko

Das Bonitätsrisiko ist das Risiko einer Bonitätsverschlechterung oder eines Ausfalls eines Wertpapiers (Emission) beziehungsweise eines Schuldners (Emittenten). Die interne Betrachtung des Bonitätsrisikos bzw. der Kreditqualität beruht auf Marktratings anerkannter Ratingagenturen. Sofern mehrere und unterschiedliche Ratings vorliegen, wird das schlechtere bei zwei Ratings bzw. das mittlere bei drei Ratings verwendet.

Die Steuerung und Begrenzung des Bonitätsrisikos erfolgt über vorgegebene Anlagerichtlinien, strenge Auswahlkriterien sowie Anlagehöchstgrenzen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

Das Durchschnittsrating der bewerteten Titel im Anleiheportfolio beträgt AA+ und setzt sich auf Basis der Marktwerte wie folgt zusammen:

Rating	Anteil in %
AAA	43
AA+, AA, AA-	45
A+, A, A-	9
BBB+, BBB, BBB-	2

Der Anteil von Pfandbriefen im Anleiheportfolio beträgt dabei ca. 46 %, gefolgt von Staats- und Länderanleihen mit 43 % und Unternehmensanleihen mit 11 %.

#### Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiko wird das Risiko verstanden, den Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit mangels ausreichend vorhandener liquider Mittel nicht gerecht werden zu können. Dem Risiko wird mit einer mittelfristige Liquiditätsplanung begegnet, welche für das jeweilige Geschäftsjahr eine Prognose der Zahlungsströme auf Monatsbasis erstellt, auf deren Basis die weitere Steuerung vorgenommen wird.

### Operationelle Risiken

Operationelle Risiken bezeichnen Risiken, die aus unzulänglichen internen Prozessen, menschlichem Handeln, Systemen oder externen Ereignissen entstehen.

Diese Risiken können zum einen originär in der Gesellschaft anfallen und zum anderen – da die Gesellschaft ihre Geschäftsprozesse im Wesentlichen ausgelagert hat – indirekt auf die Gesellschaft über die verschiedenen für sie tätigen Dienstleister einwirken. Die Gesellschaft arbeitet mit externen und Zurich-internen Dienstleistern zusammen, die Ihrerseits in Teilen unmittelbar oder mittelbar mit externen Dienstleistern zusammenarbeiten können.

Insgesamt begegnet die Gesellschaft den operationellen Risiken mit einer Vielzahl eng miteinander vernetzter Instrumente und Aktivitäten des von der Gesellschaft adaptierten Rahmenwerkes der Zurich, welches sich auch auf die für die Gesellschaft tätigen Zurich-internen Dienstleister erstreckt.

Den Ausgangspunkt bilden dabei vom zentralen Risikomanagement der Zurich gesteuerte, systematische Verfahren, die regelmäßig die Identifikation, Bewertung und Steuerung von operationellen Risiken auf Ebene der für die Gesellschaft tätigen Zurich-internen Fachbereiche sowie auf Gesellschaftsebene vorsehen.

Als wesentliche Schutzvorrichtung vor operationellen Risiken dient der Gesellschaft ein internes Kontrollsystem, das eigens auf die Reduktion von Risiken ausgerichtet ist, die den Geschäfts- und Finanzprozessen grundsätzlich immanent sind. Hierbei wird auch fehlerhaften Bearbeitungen oder dolosen Handlungen vorgebeugt, z. B. durch Stichprobenkontrollen, Vier-Augen-Prinzip sowie diversen Berechtigungs- und Vollmachtenregelungen. Im Quartalsturnus erfolgt für wesentliche Prozesse eine Überprüfung durch die jeweiligen Fachbereiche hinsichtlich Angemessenheit und Effektivität der wesentlichen Kontrollen.

Cyberangriffe gegen Versicherungen sowie insbesondere gegen ihre Dienstleister nehmen stetig zu. Solche Cyberrisiken sowie auch Ausfallrisiken geschäftskritischer Systeme und Anwendungen sollen unter anderem durch dedizierte Vorkehrungen, wie z. B. redundante Systeme und umfangreiche Datensicherungsverfahren, die auch im Katastrophenfall eine Wiederherstellung kritischer Infrastruktur, der Systeme, Anwendungen und Daten sicherstellen sollen, minimiert werden.

Antivirenprogramme, Firewalls und Verschlüsselungstechniken sowie Berechtigungssysteme sollen eine wirksame Abwehr von Angriffen von innen und außen darstellen und tragen damit wesentlich zum Schutz vertraulicher Daten vor dem Zugriff durch Unbefugte bei. Umfangreiche Testverfahren für neue und geänderte Anwendungen reduzieren die Fehlerhäufigkeit in der Produktion. Besonders schützenswerte und von „außen“ erreichbare Systeme sind zusätzlich zu internen Maßnahmen gegen Digital Denial of Service (DDoS) Angriffe geschützt. Aus einer ständigen Überwachung der Systeme und Auswertung der Fehlersituationen heraus, sollen kontinuierlich Verbesserungsmaßnahmen mit dem Ziel der Fehlerminimierung abgeleitet und umgesetzt werden. Insbesondere wird auch bei den erfolgten Auslagerungen der Bereiche Netz/Telefonie, elektronischer Arbeitsplatz (Service) und IT Operations gewährleistet, dass die relevante Infrastruktur stets auf dem neuesten Stand und der Support immer in hinreichendem Umfang bereitgestellt werden kann. Ebenso wird der hohen Komplexität der IT-Landschaft und einem möglichen Know-How-Verlust, die Ausfall- und betriebliche Risiken verursachen können, durch entsprechende Maßnahmen wie beispielsweise einem Modernisierungsprojekt Rechnung getragen.

Einen weiteren wichtigen Baustein zur Absicherung der Gesellschaft vor operationellen Risiken stellt das Business Continuity Management der Zurich dar, in das der Verein integriert ist. Hierbei werden zur Begegnung von Risiken aus externen Ereignissen wie z.B. Katastrophenfällen infolge von Feuer oder Naturkatastrophen für alle kritischen Prozesse der Gesellschaft Notfallpläne für eine möglichst

baldige Wiederherstellung des Geschäftsbetriebes entwickelt. Auch regelmäßige Aktualisierungen sowie Tests dieser Pläne sollen dazu beitragen, das Risiko längerer Geschäftsunterbrechungen infolge von solchen Ereignissen zu reduzieren.

Im Bereich der operationellen Risiken wurden keine isolierten Nachhaltigkeitsrisiken identifiziert. Jedoch können Risiken bezüglich der nicht fristgerechten Einhaltung von gesetzlichen oder regulatorischen Vorgaben (z. B. Datenschutzanforderungen,

IT-Sicherheitsanforderungen) auch negative Auswirkungen auf die festgelegten ESG-Ziele nach sich ziehen.

#### **Rechtsrisiken**

Ferner versuchen die VKI und die Zurich-internen Dienstleister die Risiken aus externen Ereignissen, zu denen sie auch Risiken aus neuen gesetzlichen Regelungen oder für sie nachteilige Auslegungen durch Gerichte zählen, durch ständige Beobachtung des Branchenumfeldes frühzeitig zu identifizieren.

#### **Sonstige Risiken**

Den sonstigen Risiken begegnet die VKI mit einem regelmäßig durchgeführten Risikokontrollprozess, indem die Risiken identifiziert, analysiert, bewertet, gesteuert, intensiv überwacht und kommuniziert werden.

Auf folgendes sonstiges Einzelrisiko wird hingewiesen:

- Die Gesellschaft muss alle geltenden IT-relevanten regulatorischen Vorgaben, insbesondere die Versicherungsaufsichtlichen Anforderungen an die IT (VAIT), einhalten. Regelmäßige interne und externe Prüfungen bewerten den Stand der Compliance und geben Auskunft zu etwaigen Nachholbedarfen. Von besonderem Interesse sind die Bereiche Informationsrisikomanagement (IRM) und Berechtigungsmanagement (Identity Access Management bzw. IAM). Mit der Einhaltung der regulatorischen Anforderungen, insbesondere auch des bald umzusetzenden Digital Operational Resilience Act (DORA), begegnet die Gesellschaft den Risiken aus der Digitalisierung und Automatisierung aber auch aus der Ausgliederung von Prozessen.

#### **Zusammenfassende Darstellung der Chancen- und Risikolage**

Zusammenfassend sieht der Verein unter Berücksichtigung der ergriffenen Maßnahmen derzeit keine Entwicklungen, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Versorgungskasse bestandsgefährdend beeinträchtigen. Die aufgeführten Einzelrisiken sind mit den auf den Weg gebrachten Maßnahmen ausreichend abgedeckt. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich, auch unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine, keine wesentlich veränderte Risikolage des Vereins.

Die in diesem Bericht gemachten Aussagen und Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung werden unter dem Vorbehalt getroffen, dass neben den hier aufgeführten Risiken bisher nicht prognostizierte schwerwiegende Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Wettbewerbssituation auf den internationalen Finanzmärkten einen erheblichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit und -ergebnisse haben können. Nicht prognostizierte Veränderungen können insbesondere aus einer Eskalation von geopolitischen Konflikten und aus Gesetzesänderungen resultieren.

Die aktuellen aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden weiterhin erfüllt.

## Ausblick

Wesentliche Veränderungen in der Geschäftstätigkeit der Versorgungskasse sind nicht beabsichtigt. Mit der aktuellen Struktur unseres Kapitalanlagenbestandes und der laufenden Durchschnittsverzinsung von 3,22 % im Geschäftsjahr 2023 sehen wir auch für die Zukunft gute Chancen, dass wir für unsere Versorgungsberechtigten nachhaltig gute Ergebnisse erzielen, die auch in Zukunft einerseits Leistungserhöhungen möglich machen und andererseits unsere Rücklagen stärken, sodass die Versorgungskasse dauerhaft und zuverlässig ihr Versorgungsversprechen wie erwartet einhalten kann.

Weitere planmäßige Investitionen in unsere Bestandsimmobilien, um auch in Zukunft attraktive Objekte zu guten Renditen vermieten zu können und hohe Leerstände bei unseren Büroimmobilien werden das Rohergebnis in den Folgejahren weiter belasten. Für das Jahr 2024 erwarten wir daher einen weiter rückläufigen Rohüberschuss, der zu einer Reduktion der RfB führen wird. Diese Reduktion ist für den gleichzeitig weiter schmelzenden Bestand nicht beunruhigend, da die RfB auf hohem Niveau zum Bestand bleiben wird. Die VKI plant im Jahr 2025 eine Immobilie zu veräußern und die dabei realisierten Gewinne für die planmäßigen Investitionen in unsere verbleibenden Bestandsimmobilien zu nutzen.

Die Risiken, unsere Ziele in den kommenden zwei Jahren nicht zu erreichen, liegen in möglichen negativen Entwicklungen an den Finanzmärkten, außergewöhnlichen Risikoereignissen und Veränderungen in der handels- und aufsichtsrechtlichen Gesetzgebung.

Die Prognosen sind von der erhöhten Unsicherheit resultierend aus der weiteren Entwicklung des Krieges von Russland in der Ukraine, hohen Energiekosten, Lieferengpässen an den Weltmärkten und einer noch nicht beendeten Inflation geprägt. Durch diese vielen negativen Einflussfaktoren in Summe werden die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen fragil und die Volatilität an den Finanzmärkten hoch bleiben. Unser Verein hat kein Versicherungsgeschäft in der Ukraine oder in Russland gezeichnet und hält auch keine Kapitalanlagen in diesen Ländern. Entsprechend ergeben sich für unseren Verein derzeit keine direkten Risiken im Zusammenhang mit unserem Versicherungsgeschäft oder unserer Kapitalanlage. Sekundäreffekte am globalen Kapitalmarkt oder auf die volkswirtschaftliche Entwicklung betreffen aber auch unseren Verein, wie alle anderen Marktteilnehmer.

Der Geschäftsverlauf unserer Versorgungskasse war in den ersten vier Monaten bezogen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage insgesamt planmäßig.

Köln, den 29.04.2024

Der Vorstand



Henk



Hildebrand



Dieckmann



Marunde



# Anlage zum Lagebericht

## Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen im Geschäftsjahr 2023

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner		
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Euro
<b>I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres</b>	<b>291</b>	<b>375</b>	<b>568</b>	<b>575</b>	<b>7.946.856,12</b>
II. Zugang während des Geschäftsjahres:					
1 Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	-	-	32	33	305.711,42
2 sonstiger Zugang	-	-	-	-	59.601,55
3 gesamter Zugang	-	-	32	33	365.312,97
III. Abgang während des Geschäftsjahres:					
1 Tod	2	-	18	14	257.127,38
2 Beginn der Altersrente	32	33	-	-	-,-
3 Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	-	-	-	-	-,-
4 Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	-	-	-	-	-,-
5 Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	-	-	-	-	-,-
6 Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	-	-	-	-	-,-
7 sonstiger Abgang	-	-	-	-	-,-
8 gesamter Abgang	34	33	18	14	257.127,38
<b>IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres</b>	<b>257</b>	<b>342</b>	<b>582</b>	<b>594</b>	<b>8.055.041,71</b>
davon					
1 beitragsfreie Anwartschaften	257	342			
2 in Rückdeckung gegeben	-	-			



Hinterbliebenenrenten					
Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
			Witwen	Witwer	Waisen
Anzahl	Anzahl	Anzahl	Euro	Euro	Euro
<b>190</b>	<b>37</b>	<b>6</b>	<b>946.417,73</b>	<b>120.900,19</b>	<b>1.198,80</b>
15	3	-	74.296,29	13.565,54	-,--
-	-	-	7.068,63	906,75	9,00
15	3	-	81.364,92	14.472,29	9,00
16	2	-	92.360,74	5.147,89	-,--
-	-	-	-,--	-,--	-,--
-	-	-	-,--	-,--	-,--
-	-	-	-,--	-,--	-,--
-	-	-	-,--	-,--	-,--
-	-	-	-,--	-,--	-,--
-	-	-	-,--	-,--	-,--
16	2	-	92.360,74	5.147,89	-,--
<b>189</b>	<b>38</b>	<b>6</b>	<b>935.421,91</b>	<b>130.224,59</b>	<b>1.207,80</b>



# Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023

# Bilanz zum 31. Dezember 2023

## Aktiva

Bilanz zum 31. Dezember 2023				
Aktiva			2023	2022
	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>A. Kapitalanlagen</b>				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		11.061.323,75		11.261.723,10
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	58.808.747,78			53.111.299,98
2. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	67.000.000,00			
b) Schuldscheinforderungen und Darl.	13.385.115,29	80.385.115,29		88.100.000,00
3. Einlagen bei Kreditinstituten		35.005,77		1.639.935,41
		139.228.868,84	150.290.192,59	154.112.958,49
<b>B. Forderungen</b>				
I. Sonstige Forderungen			1.191.428,04	422.867,31
davon:				
aus Steuern 102.263,48 EUR (Vorjahr: 91.136,06 EUR)				
<b>C. Sonstige Vermögensgegenstände</b>				
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			191.759,97	130.547,44
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
Abgegrenzte Zinsen und Mieten			2.646.278,95	2.940.966,04
<b>Summe der Aktiva</b>			<b>154.319.659,55</b>	157.607.339,28

### Bestätigungsvermerk des Treuhänders

Gemäß § 128 Abs. 5 VAG bestätige ich, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Köln, den 13. März 2024

Gero Tuchan  
Treuhänder

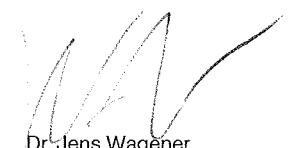
## Passiva

Bilanz zum 31. Dezember 2023			
Passiva		2023	2022
	EUR	EUR	EUR
<b>A. Eigenkapital</b>			
Gewinnrücklagen			
Verlustrücklage gemäß § 193 VAG		6.862.536,31	6.748.418,19
<b>B. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>			
I. Deckungsrückstellung	137.836.171,17		141.805.393,56
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	2.892,85		8.879,49
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	8.482.569,00		8.519.720,60
		<b>146.321.633,02</b>	<b>150.333.993,65</b>
<b>C. Andere Rückstellungen</b>			
Sonstige Rückstellungen		46.377,00	55.967,00
<b>D. Andere Verbindlichkeiten</b>			
Sonstige Verbindlichkeiten		1.089.113,22	468.960,44
davon: aus Steuern - EUR (Vorjahr: 2.583,37 EUR)			
<b>Summe der Passiva</b>		<b>154.319.659,55</b>	<b>157.607.339,28</b>

**Bestätigungsvermerk des Verantwortlichen Aktuars**

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 07.11.2016 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist.

Köln, den 12. März 2024

  
Dr. Jens Wagener  
Verantwortlicher Aktuar

# Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

Gewinn- und Verlustrechnung			
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023			
	EUR	2023 EUR	2022 EUR
<b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>			
1. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung		1.063.540,45	1.094.739,15
2. Erträge aus Kapitalanlagen:			
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.434.852,12		1.268.240,65
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	4.465.607,86		4.941.804,65
	5.900.459,98		6.210.045,30
b) Erträge aus Zuschreibungen	63.281,00		-
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	313.145,61		25.895,00
		<b>6.276.886,59</b>	6.235.940,30
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	9.191.075,27		9.183.935,31
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	-5.986,64		-108.925,19
		<b>9.185.088,63</b>	9.075.010,12
4. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
Deckungsrückstellung		<b>3.969.222,39</b>	4.159.827,03
5. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen		<b>1.027.063,06</b>	1.645.045,49
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb			
Verwaltungsaufwendungen		<b>73,92</b>	78,26
7. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	741.565,31		327.202,28
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	263.680,35		263.680,34
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	25.288,79		-
		<b>1.030.534,45</b>	590.882,62
<b>8. Versicherungstechnisches Ergebnis</b>		<b>66.889,37</b>	179.489,99

Fortsetzung		2023	2022
	EUR	EUR	EUR
<b>II. Nichtversicherungstechnische Rechnung</b>			
1. Sonstige Erträge	61.286,68		8.242,58
2. Sonstige Aufwendungen	14.057,93	47.228,75	4.949,74
			3.292,84
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		114.118,12	182.782,83
4. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag		114.118,12	182.782,83
5. Einstellung in Gewinnrücklagen: in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG		-114.118,12	-182.782,83
6. Bilanzgewinn		<u>0,00</u>	0,00

# Anhang

## Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB und VAG sowie den für Versicherungsunternehmen geltenden Sondervorschriften aufgestellt.

Die Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden gemäß § 341b Abs. 1 i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 HGB nach den Vorschriften für das Anlagevermögen mit den fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt. Danach waren außerplanmäßige Abschreibungen nur dann durchzuführen, wenn es sich um voraussichtlich dauernde Wertminderungen handelte.

Für Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere erfolgte die Bewertung gemäß § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 5 HGB nach den Vorschriften für das Anlagevermögen mit den fortgeführten Anschaffungskosten. Sich ergebende Agien wurden linear über die Restlaufzeit amortisiert. Bei den Inhaberschuldverschreibungen ohne Endfälligkeit wurde das Agio im Geschäftsjahr über die Zinsbindungsfrist amortisiert. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung wird auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben. Zur Feststellung, ob eine voraussichtlich dauernde Wertminderung vorlag, wendeten wir systematische Methoden gemäß IDW RS VFA 2 an. Indizien für eine voraussichtlich dauernde Wertminderung waren u.a. der Umfang und die Dauer der Wertminderung. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wurde beachtet.

Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung wird bei Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Abschreibungsbetrag im Rahmen einer Einzelfallprüfung festgelegt. Die Versorgungskasse hat bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauernden Wertminderung in Bezug auf Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere Bonitätsprüfungen der Emittenten sowie die Entwicklungen von Ratings herangezogen. Die stillen Lasten stellen nach § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB keine voraussichtlich dauernde Wertminderung dar. Daher waren außerplanmäßige Abschreibungen nicht erforderlich. Die Gesellschaft rechnete aufgrund der Bonität der Emittenten nicht mit Zahlungsausfällen.

Namenschuldverschreibungen wurden gemäß § 341c Abs. 1 HGB mit dem Nennbetrag abzüglich Tilgungen bewertet. Das Verfahren zur Ermittlung einer dauernden Wertminderung entsprach demjenigen von Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden gemäß § 341c Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten angesetzt. Das Verfahren zur Ermittlung einer dauernden Wertminderung bei Schuldscheinforderungen und Darlehen entsprach demjenigen von Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

Die Bewertung der Einlagen bei Kreditinstituten erfolgte zum Nominalwert.

Die sonstigen Forderungen wurden mit dem Nennwert bilanziert.

Die Deckungsrückstellung wurde gemäß der Festlegungen des genehmigten Geschäftsplans einzelvertraglich nach der prospektiven Methode mit einem Rechnungszins von 3,5 % und unter Verwendung modifizierter Richttafeln 2005 G von Heubeck als biometrische Grundlage berechnet.

In der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wurden die noch nicht ausgezahlten Leistungen für Versicherungsfälle, die bis zum Abschlussstichtag eingetreten sind und bei der Bestandsfeststellung bekannt waren, für jeden Versicherungsfall einzeln ermittelt. Für alle bis zum Bilanzstichtag eingetretenen, aber noch nicht gemeldeten Versicherungsfälle, wurde eine Spätschadenrückstellung gebildet. Deren Dotierung orientiert sich an Erfahrungswerten der zurückliegenden drei Geschäftsjahre.

Der Ansatz der anderen Verbindlichkeiten erfolgte mit dem Erfüllungsbetrag.

Sonstige nicht einzeln aufgeführte Aktiva bzw. Passiva wurden mit dem Nominalbetrag bzw. Erfüllungsbetrag angesetzt.





### Entwicklung der Aktivposten A I bis II im Geschäftsjahr 2023

	Bilanzwerte 01.01.2023 EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR
<b>A. I. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken:</b>	<b>11.261.723,10</b>	-	-
<b>A. II. Sonstige Kapitalanlagen</b>			
1. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	53.111.299,98	8.406.786,40	-
2. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	76.000.000,00	-	-
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	12.100.000,00	4.344.800,00	-
3. Einlagen bei Kreditinstituten	1.639.935,41	-	-
Summe A II.	142.851.235,39	12.751.586,40	-
<b>Insgesamt</b>	<b>154.112.958,49</b>	<b>12.751.586,40</b>	-

<b>Abgänge</b>	<b>Zuschreibungen</b>	<b>Abschreibungen</b>	<b>Bilanzwerte</b>
<b>EUR</b>	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>	<b>31.12.2023</b>
<b>EUR</b>	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
-	63.281,00	-263.680,35	<b>11.061.323,75</b>
-2.709.338,60	-	-	<b>58.808.747,78</b>
-9.000.000,00	-	-	<b>67.000.000,00</b>
-3.059.684,71	-	-	<b>13.385.115,29</b>
-1.604.929,64	-	-	<b>35.005,77</b>
-16.373.952,95	-	-	<b>139.228.868,84</b>
<b>-16.373.962,95</b>	<b>63.281,00</b>	<b>-263.680,35</b>	<b>150.290.192,59</b>

# Angaben zur Bilanz

## Aktiva

### A. Kapitalanlagen

Die Entwicklung der Kapitalanlagen ist im Einzelnen auf Seite 23 und 24 dargestellt. Hierzu werden ergänzend nachstehende Angaben gemacht:

I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Bei den im Bestand befindlichen Grundstücken handelt es sich um zwei Grundstücke mit Wohnbauten und um drei Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten, die fremdgenutzt sind.

Zeitwerte der Kapitalanlagen	Bilanzwerte	Zeitwerte	Bilanzwerte	Zeitwerte
	31.12.2023	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2022
	EUR	EUR	EUR	EUR
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	11.061.323,75	21.350.000,00	11.261.723,10	23.350.000,00
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	58.808.747,78	55.654.653,19	53.111.299,98	47.316.759,08
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Ausleihungen	80.385.115,29	88.609.344,86	88.100.000,00	93.056.472,57
Einlagen bei Kreditinstituten	35.005,77	35.005,77	1.639.935,41	1.639.935,41
<b>Summe</b>	<b>150.290.192,59</b>	<b>165.649.003,82</b>	<b>154.112.958,49</b>	<b>165.363.167,06</b>
<b>Unterschiedsbetrag zum Bilanzwert</b>		<b>15.358.811,23</b>		<b>11.250.208,57</b>

Bei den Grundstücken erfolgte die Ermittlung der Zeitwerte im Geschäftsjahr durch unabhängige Sachverständige auf Basis des jeweiligen Ertragswertes in Anlehnung an die Immobilienwertermittlungsverordnung vom 14. Juli 2021.

Für Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden die Zeitwerte anhand der Börsenkurse am Stichtag ermittelt.

Die Zeitwertermittlung für Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgte auf Grundlage unterschiedlicher Zinsstrukturkurven, unter Berücksichtigung der Restlaufzeit und der Bonität, nach einem finanzmathematischen Bewertungsverfahren.

Bei den Einlagen bei Kreditinstituten wurde als Zeitwert der Buchwert herangezogen.

Der Zeitwert der zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen entsprechend § 54, § 55 und § 56 RechVersV betrug 91.718.004,80 Euro (Vorjahr: 83.547.238,07 Euro).

Der Zeitwert der zum Nennwert ausgewiesenen Namensschuldverschreibungen entsprechend § 54 und § 56 RechVersV betrug 73.895.993,25 Euro (Vorjahr 80.175.993,58 Euro).

Die Gesamtsumme der Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen betrug 150.290.192,59 Euro (Vorjahr 154.112.958,49 Euro); der Zeitwert dieser Anlagen belief sich auf 165.649.003,82 Euro (Vorjahr 165.363.167,06 Euro), so dass sich ein positiver Saldo von 15.358.811,23 Euro (Vorjahr 11.250.208,57 Euro) ergab.

Die Buchwerte der Inhaberschuldverschreibungen, die wie Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB zweiter Halbsatz bilanziert wurden, betragen 58.808.747,78 Euro (Vorjahr 53.111.299,98 Euro).

Für die zu den Kapitalanlagen gehörenden Finanzinstrumente, für welche die Abschreibung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB unterblieben ist, betrug der Buchwert 31.855.730,50 Euro (Vorjahr 38.400.417,11 Euro); der Zeitwert betrug 26.834.996,57 Euro (Vorjahr 31.621.328,63 Euro). Die Abschreibung ist unterblieben, da die Wertminderungen nicht als dauernd eingeschätzt wurden. Wir erachten die Wertminderung als zinsinduziert und nicht bonitätsinduziert.

Dadurch waren im laufenden Geschäftsjahr Abschreibungen in Höhe von 5.020.733,93 Euro (Vorjahr 6.779.088,48 Euro) nicht erforderlich.

Gemäß Satzung entscheidet die Vertreterversammlung aufgrund von Informationen und Vorschlägen des Verantwortlichen Aktuars über eine Beteiligung der Versorgungsberechtigten an den Bewertungsreserven der Kapitalanlagen.

## **B. Forderungen**

### **Sonstige Forderungen**

Bei den sonstigen Forderungen handelt es sich überwiegend um Mietforderungen und Mietnebenkosten.

**Passiva****A. Eigenkapital**

Gewinnrücklagen

Verlustrücklage gemäß § 193 VAG

EUR

Stand am 31.12.2022	6.748.418,19
Zuführung des Jahresüberschusses	114.118,12
Stand am 31.12.2023	<u>6.862.536,31</u>

**B. Versicherungstechnische Rückstellungen****I. Deckungsrückstellung**

EUR

Stand am 31.12.2022 lt. versicherungsmathematischer Berechnung	141.805.393,56
Veränderung der Deckungsrückstellung in 2023	-3.969.222,39
Stand am 31.12.2023 lt. versicherungsmathematischer Berechnung	<u>137.836.171,17</u>

**II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle**

Es handelt sich um Rückstellungen für Rentenzahlungen sowie um pauschale Spätschäden für bereits eingetretene, aber noch nicht gemeldete Versicherungsfälle.

**III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung**

EUR

Stand am 31.12.2022	8.519.720,60
Entnahme im Geschäftsjahr	1.064.214,66
Zuführung im Geschäftsjahr	1.027.063,06
Stand am 31.12.2023	<u>8.482.569,00</u>

davon entfallen auf:

a) bereits festgelegte aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	1.929.706,40
b) den ungebundenen Teil (Rückstellung für Beitragsrückerstattung ohne den Buchstaben a)	6.552.862,60

Die für die Überschussbeteiligung des Folgejahres erforderlichen Mittel werden zum 01.01.2024 der RfB entnommen und der Deckungsrückstellung zugeführt.

**C. Andere Rückstellungen**

**Sonstige Rückstellungen**

Es handelt sich um Rückstellungen für Instandhaltungsmaßnahmen sowie Depotgebühren.

**D. Andere Verbindlichkeiten**

**Sonstige Verbindlichkeiten**

Es handelt sich überwiegend um Verbindlichkeiten in Form von Mietnebenkosten.

## Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

### Beiträge

Es werden ausschließlich beitragsfreie Einzel-Pensionsversicherungen im Bestand geführt.

### Nettoergebnis aus Kapitalanlagen

	2023	2022
	EUR	EUR
Erträge aus Kapitalanlagen	6.276.886,59	6.235.940,30
Aufwendungen für Kapitalanlagen	1.030.534,45	590.882,62
Nettoergebnis aus Kapitalanlagen	5.246.352,14	5.645.057,68

### Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung

Bei den Aufwendungen in Höhe von 1.027.063,06 EUR (Vorjahr: 1.645.045,49 EUR) handelt es sich ausschließlich um erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung.

### Honorar des Abschlussprüfers

Das vom Abschlussprüfer für die Durchführung der Jahresabschlussprüfung für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar wird von der DHAG übernommen.

### Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Versorgungskasse ist gem. § 5 Abs. 1 Nr. 4 KStG und § 5 Abs. 1 Nr. 3 KStG steuerbefreit.



# Allgemeine Angaben

## Identifikation des Vereins

Versorgungskasse der Deutscher Herold Versicherungsgesellschaften Versicherungsverein a.G.,

Deutzer Allee 1, 50679 Köln

Sitz der Versorgungskasse: Köln

## Organe

Die Angaben zu den Mitgliedern des Aufsichtsrates und des Vorstandes sind auf Seite 2 aufgeführt. Sie sind ehrenamtlich für die Versorgungskasse tätig, der Versorgungskasse entstanden somit daraus keine Ausgaben. Kredite an Organmitglieder wurden nicht gewährt.

## Mitarbeiter

Die Versorgungskasse beschäftigt keine Mitarbeiter. Die Verwaltungsleistungen wurden im Wesentlichen von Unternehmen der Zurich Gruppe Deutschland erbracht; darüber hinaus wurden weitere Dienstleistungen von anderen Unternehmen erbracht. Die für diese Leistungen zu zahlenden Vergütungen wurden von den Trägerunternehmen übernommen.

## Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum 31.12.2023 bestanden keine sonstigen finanziellen Verpflichtungen.

## Sonstige Angaben

Vorgänge nach dem Schluss des Geschäftsjahres, die auf die Lage unserer Kasse von erheblichem Einfluss sein könnten, sind nicht eingetreten.

Köln, den 29.04.2024

Der Vorstand



Herk



Hildebrand



Dieckmann



Marunde

# Bericht des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Versorgungskasse der Deutscher Herold Versicherungsgesellschaften, Versicherungsverein a.G.

## Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

### Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Versorgungskasse der Deutscher Herold Versicherungsgesellschaften, Versicherungsverein a.G., Köln – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Versorgungskasse der Deutscher Herold Versicherungsgesellschaften Versicherungsverein a.G. für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

### Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

### Sonstige Informationen

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden, für den Geschäftsbericht vorgesehenen Bestandteile, von denen wir eine Fassung bis zur Erteilung dieses Bestätigungsvermerks erlangt haben:

- Bericht des Aufsichtsrats

aber nicht den Jahresabschluss, nicht die in die inhaltliche Prüfung einbezogenen Lageberichtsangaben und nicht unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

#### Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

#### Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- ∇ identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- ∇ gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben;
- ∇ beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ∇ ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;
- ∇ beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;
- ∇ beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft;
- ∇ führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Köln, 4. Juni 2024

EY GmbH & Co. KG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Vogt  
Wirtschaftsprüfer

Offizier  
Wirtschaftsprüfer

# Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat sich während seiner Amtszeit im Geschäftsjahr 2023 über die wesentlichen Geschäftsvorgänge, die Lage und die Entwicklung des Vereins sowie über grundlegende Fragen der Unternehmensplanung durch mündliche und schriftliche Berichte unterrichten lassen. Die vom Vorstand beabsichtigte Geschäftspolitik sowie Lage und Entwicklung des Vereins wurden u.a. in drei ordentlichen Aufsichtsratssitzungen eingehend erörtert. Auf dieser Grundlage hat der Aufsichtsrat den Vorstand der Versorgungskasse laufend überwacht und war in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung stets eingebunden.

Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates haben in zahlreichen Einzelgesprächen mit dem Vorstand geschäftspolitische Fragen sowie die aktuelle Lage des Vereins behandelt. Mit besonderem Interesse hat unser Gremium die Inflationsentwicklung und die Zinsentwicklung auf den Kapitalmärkten, sowie deren Auswirkungen auf die Finanzlage und die Ausrichtung der Anlagestrategie des Vereins intensiv begleitet. Des Weiteren hat sich der Aufsichtsrat umfassend über die örtliche Prüfung durch die Bundesanstalt für Finanzaufsicht im Jahr 2022 informiert.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 wurde von der EY GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes geprüft und ist mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Prüfungsbericht wurde den Mitgliedern des Aufsichtsrates ausgehändigt.

In der Bilanzsitzung war der Abschlussprüfer bei der Besprechung des Jahresabschlusses anwesend, hat über die Durchführung der Prüfung berichtet und stand dem Aufsichtsrat für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Nach dem abschließenden Ergebnis der eigenen Prüfung des Aufsichtsrates sind Einwendungen gegen den Jahresabschluss und den Lagebericht nicht zu erheben. Der Aufsichtsrat nimmt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zustimmend zur Kenntnis.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand für die im Berichtsjahr erfolgreich geleistete Arbeit.

Köln, im Juli 2024

Der Aufsichtsrat

Lawitzke  
Vorsitzender

Haberer

Schöpe

Wellerdick

